

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2015 | 23

10.07.2015

INHALT

ZUR LAGE **2**

ZUR WOCHE **4**

ERWEITERTE KITA-ÖFFNUNGSZEITEN SIND IM SINNE DER ELTERN **4**

SPD-FRAKTION FORDERT „JUGEND-MAINSTREAMING“ **4**

ABSCHLUSSBERICHT „KOMMUNALE FINANZEN“ VORGELEGT **5**

INTERNET-KRIMINALITÄT: SICHERHEITSBEHÖRDEN KOOPERIEREN ENG **6**

SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ | GESCHÄFTSSTELLE

V.i.S.d.P.: CARSTEN PÖRKSEN | PARLAMENTARISCHER GESCHÄFTSFÜHRER DER SPD-LANDTAGSFRAKTION
KAISER-FRIEDRICH-STRASSE 3 | 55116 MAINZ
www.spdfraktion-rlp.de



ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

nach der emotionalen Orientierungsdebatte zur Sterbebegleitung im rheinland-pfälzischen Landtag im Mai dieses Jahres zeigt auch die aktuelle Debatte über die Neuregelung der Sterbehilfe im Bundestag, dass es beim Thema Sterbehilfe und Sterbebegleitung keine einfachen Antworten gibt, die sich an Parteilinien orientieren. Breiter Konsens bestand unter den Abgeordneten des Landtags in der Orientierungsdebatte darüber, dass eine Stärkung der Palliativ- und der Hospizversorgung in unserem Land wünschenswert ist. Beides sind Bereiche, in denen wir als Land konkret handeln können. Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner sind wir deshalb auf die CDU-Fraktion zugegangen und haben angeregt, als Abschluss der Orientierungsdebatte einen entsprechenden gemeinsamen Antrag zu formulieren.

Die gesellschaftlichen Aufgaben, die sich aus dem Recht auf Menschenwürde ergeben, sind vielfältig, auch in der letzten Lebensphase. In der Orientierungsdebatte wie auch in der aktuellen Sterbehilfedebatte im Bundestag spielten die humane Sterbebegleitung, die Selbstbestimmung und die Menschenwürde bis zum Lebensende eine zentrale Rolle.

Ich persönlich bin der Meinung, dass eine flächendeckende und gute Hospiz- und Palliativversorgung sichergestellt sein muss, damit sich aus einer mangelnden Symptomkontrolle oder unzureichender Schmerzlinderung nicht ein Sterbewunsch einer Person entwickeln kann. Auch Menschen, die Angst vor Hilflosigkeit und Würdelosigkeit im Alter und bei schweren Erkrankungen haben, brauchen die Perspektive von Menschenwürde, Selbstbestimmung und Schmerzfreiheit selbst bei schwersten Erkrankungen. Jeder Mensch mit einer schweren lebensbegrenzenden Erkrankung muss sich darauf verlassen können, zu Hause, im Krankenhaus, im Hospiz oder in einer stationären Pflegeeinrichtung die bestmögliche Versorgung zu haben, wann immer er diese im Laufe seiner Erkrankung benötigt.

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

SPD-Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz



Am 23. Juli wird sich der rheinland-pfälzische Landtag noch einmal mit dem Thema Sterbebegleitung befassen. Ich bin gespannt auf den Abschluss des Prozesses.

A handwritten signature in black ink, which appears to read "Alexander Schweitzer".

Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Erweiterte Kita-Öffnungszeiten sind im Sinne der Eltern

Für Eltern mit kleinen Kindern, die im Schichtdienst arbeiten, wäre es eine große Erleichterung, wenn sie wissen, dass es außerhalb der regulären Kita-Öffnungszeiten eine gute Betreuungsmöglichkeit für die Kinder gibt. Die Pläne **unserer Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig**, das Betreuungsangebot in Kitas in den Abend- und Nachtstunden auszubauen, sind sinnvoll – etwa für Angestellte im Einzelhandel, im Krankenhaus oder bei der Polizei. Sie finden die volle Unterstützung **unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer** und der SPD-Fraktion. Auch Alleinerziehenden könnte so manche Sorge genommen werden. Mit erweiterten Angeboten sollen keineswegs Familien "arbeitsmarktkompatibel" gemacht werden, wie die CDU-Fraktionsvorsitzende Julia Klöckner behauptet. Es geht schlicht darum, berufstätigen Eltern, insbesondere Frauen, eine neue Wahlmöglichkeit zu eröffnen. So kann die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert werden.

Unsere Sprecherin für Kita-Politik **Bettina Brück** sagt daher: *„Klöckners neuste Überlegungen sind scheinheilig und rückwärtsgewandt. Zum einen hat die Union in ihrem "Regierungsprogramm 2013-2017" selbst die Einrichtung von sogenannten 24-Stunden-Kitas angekündigt. Zum anderen will Manuela Schwesig eben nicht eine längere Betreuung der Kinder, sondern es sind Angebote zu anderen Zeiten geplant. Schließlich erweckt Klöckner den Eindruck, Eltern würden ihre Kinder auch ohne guten Grund in die Kindertagesstätte bringen. Das wird jungen Eltern überhaupt nicht gerecht.“*

SPD-Fraktion fordert „Jugend-Mainstreaming“

Anlässlich der Vorstellung des zweiten rheinland-pfälzischen Kinder- und Jugendberichts durch **unsere Kinder- und Jugendministerin Irene Alt** erklärte unser jugendpolitischer Sprecher **Benedikt Oster**: *„Der Bericht nimmt die Lebensphase ‚Jugend‘ genau unter die Lupe und stellt eine fundierte und umfangreiche Grundlage für die rheinland-pfälzische Jugendpolitik der nächsten Jahre dar. Jugendpolitik muss sich als Querschnittsthema in Form eines ‚Jugend-Mainstreaming‘ durch alle Bereiche ziehen und mit genügend Ressourcen ausgestattet sein. Das bedeutet: Bei den politischen Entscheidungen, etwa bei Fragen der Infrastruktur oder des*

Öffentlichen Personennahverkehrs, müssen die Bedürfnisse der Jugendlichen beachtet, deren Meinung eingeholt und bedacht werden.“

Besondere Bedeutung haben Jugendtreffs und Jugendräume, damit Jugendliche neben schulischen und Angeboten in Vereinen die Möglichkeit haben, ihre Freizeit frei zu gestalten. Bei den Orten für die Jugendlichen stehen die Kommunen in der Pflicht. Durch die im Bericht versammelten Selbstauskünfte der Jugendlichen wird eines sehr deutlich: Die Jugendlichen wollen nicht mit Problemen und negativen Schlagzeilen in Verbindung gebracht, sondern respektiert und beteiligt werden. Eine Frage des Respekts und der Teilhabe ist auch die Möglichkeit, bei Wahlen zu partizipieren. Die SPD-Fraktion setzt daher auf die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Denn jungen Menschen muss Vertrauen geschenkt werden. Sie müssen die klare Botschaft erhalten, dass die Gesellschaft ihnen wichtige Entscheidungen zutraut. Bereits elf Bundesländer in Deutschland haben das Wahlalter bezüglich Kommunal und/oder Landtagswahlen gesenkt. Die CDU-Landtagsfraktion sollte endlich ihre Blockadehaltung gegen eine Verfassungsänderung aufgeben.

Abschlussbericht „Kommunale Finanzen“ vorgelegt

Die Enquete-Kommission „Kommunale Finanzen“ hat ihren Abschlussbericht vorgelegt. Der Bericht enthält Informationen rund um das Thema kommunale Finanzen. Dazu zählen Stadt-Umland-Beziehungen, die Kommunalaufsicht oder die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Finanzausstattung der Kommunen. Die Enquete-Kommission hat gemeinsame rot-grüne Empfehlungen zu den jeweiligen Themen abgegeben. Dazu äußert sich unser Obmann in der Enquete-Kommission **Hans Jürgen Noss:**

„Der Abschlussbericht spiegelt wider, was die Enquete-Kommission „Kommunale Finanzen“ in vier Jahren und 34 Sitzungen erarbeitet hat. Die Konfliktlinien zogen sich dabei teils zwischen Opposition und regierungstragenden Fraktionen oder zwischen Land und kommunaler Familie. Am Ende sprach die Kommission zahlreiche Empfehlungen aus, von denen einige gemeinsam mit der CDU verabschiedet wurden, z.B. zur kommunalen Doppik oder zu den kommunalen Pensionsverpflichtungen.“

Internet-Kriminalität: Sicherheitsbehörden kooperieren eng

Die Kriminalität im Internet wächst, Experten beobachten eine Verlagerung krimineller Aktivitäten in die digitale Welt. Dazu erklärt **Wolfgang Schwarz**, unser polizeipolitischer Sprecher: *„Betrügereien, Identitätsdiebstahl und besonders schlimme Verbrechen wie die Verbreitung von Kinderpornographie beschäftigen zunehmend die Strafverfolgungsbehörden. Gut ist, dass die rot-grüne Landesregierung vorgeprescht ist. Derzeit werden spezialisierte Fachleute für die komplexen Ermittlungen gewonnen oder sind bereits tätig.“*

Anfang des Jahres hatte **unser Innenminister Roger Lewentz** angekündigt, 2015 im Rahmen eines Sicherheitspakets fünf und im nächsten Jahr nochmal sechs zusätzliche IT-Spezialisten einzustellen.

Heiko Sippel, unser rechtspolitischer Sprecher, ergänzt: *„In Rheinland-Pfalz sind Staatsanwaltschaften und Polizei im Bereich Cybercrime eng verzahnt. In der Zentralstelle Cybercrime in Koblenz laufen die Fäden für die rechtlichen und staatsanwaltschaftlichen Fragen zusammen. Die Stelle ist mit den entsprechenden Polizeieinheiten vernetzt. Die dortige Expertise für alle Staatsanwaltschaften und Polizeidienststellen ist unumstritten.“*